

## Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 02.02.2016,  
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 19:00 Uhr

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Barbara Büscher                      Stadtlohn

#### Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Arno Berning	Raesfeld	
Annette Demes	Ahaus	
Damian Januschewski	Gescher	
Ulrich Kipp	Vreden	Vertretung für Herrn Ralph Thiemann
Franz Küstner-Rensing	Gronau	
Gerhard Ludwig	Borken	
Manfred Mäteling	Isselburg	
Dominique Niemeyer	Borken	Vertretung für Herrn Günter Zaborski
Ulrike Nitsch	Vreden	
Stephanie Pohl	Gescher	
Theo Sanders	Bocholt	
Martina Schrage	Legden	
Jens Steiner	Heek	Vertretung für Frau Gertrud Welper / bis 18:45 (nach TOP 5) bis 18:45 (nach TOP 5)
Christel Wegmann	Rhede	
Andreas Wethmar	Vreden	

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	
Annette Scherwinski	
Norbert Nießing	
Dr. Gerhard Ettliger	ab TOP 4
Susanne Lökes	
Karin Ostendorff	
Matthias Krügel	Schriffführung
Katharina Schulenborg	Schriffführung

#### Es fehlen entschuldigt:

Ralph Thiemann	Bocholt
Gertrud Welper	Vreden
Günter Zaborski	Velen

### **Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzende Büscher eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

### **A. Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1: Umsetzung des SGB II: Budgetplanung 2016 Vorlage: 0022/2016**

---

Herr Nießing erläutert auf der Grundlage der Sitzungsvorlage die Budgetplanung für das Jahr 2016 im Rahmen der Umsetzung des SGB II. Er weist dabei auf die aufgrund der niedrigen Arbeitslosenquote bestehende gute Ausgangskonstellation im SGB II hin. Die Flüchtlingskrise habe bei der Budgetplanung Berücksichtigung gefunden, hiermit seien jedoch keine Einschränkungen für die übrigen SGB II-Kunden verbunden. Annahmen zum Wechsel von Flüchtlingen in den Rechtskreis des SGB II sowie zur Bereitstellung von Bundesmitteln seien mit Unsicherheiten verbunden.

Frau Lökes betont ebenfalls, dass sich durch die Maßnahmeplanung für Flüchtlinge keine Einschränkungen für andere Personengruppen ergäben. Weitere Sondertranchen des Bundes für das Budget würden erwartet, eine Kalkulation sei jedoch derzeit schwierig. Im Übrigen entspreche die strukturelle Entwicklung jedoch der der vergangenen Jahre.

Auf die Frage Herrn Ludwigs zu einer die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften aufzeigenden Grafik erläutern Herr Nießing und Frau Lökes, dass hier lediglich geringfügige Schwankungen vorlägen und keine ungewöhnlichen Verläufe. Kreisdirektor Dr. Hörster ergänzt, dass es keinen außergewöhnlichen Einfluss von Konjunktorentwicklungen auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften gebe.

Herr Wethmar regt an, kurzfristig niederschwellige Angebote für Flüchtlinge zu schaffen. Kreisdirektor Dr. Hörster weist daraufhin auf das Problem der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Rechtskreisen hin. Es finde jedoch bereits ein Austausch dazu statt, wie bereits flexibel reagiert werden könne, bevor Flüchtlinge dem Rechtskreis des SGB II angehörten.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der vorgesehenen Budgetplanung 2016 für die Aufgabenwahrnehmung des SGB II (Personal-/ Verwaltungskosten und Leistungen zur Eingliederung) im Jobcenter des Kreises Borken zu.

#### **Punkt 2: Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Pflegebedarfsplanung für**

---

**den Kreis Borken  
Vorlage: 0034/2016**

---

Herr Nießing erklärt einleitend, dass sich die vom Kreistag beschlossene Pflegebedarfsplanung nun in der Umsetzungsphase der Handlungsempfehlungen befinde und verweist bezüglich der genauen Vorgehensweise auf die Sitzungsvorlage. Er weist darauf hin, dass es sich bei der Pflegefachkräftesicherung nicht um eine ureigene Aufgabe der Verwaltung handle, sondern diese den Betreibern der Pflegeeinrichtungen obliege.

Frau Pohl betont die vorbehaltlose Unterstützung des Vorschlags durch die CDU-Fraktion und weist auf das hohe Interesse der Kommunen an den Ergebnissen hin.

Aufgrund der inhaltlichen Themenüberschneidung bringt Herr Ludwig die Anträge der SPD zur unabhängigen Pflegeberatung sowie zur Pflegefachkräftesicherung - die der Sitzungsvorlage 0023/2016 im Rahmen der Vorberatung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2016 zum Budget 01 Soziales als Anlage 5 und 6 beigefügt sind - in die Diskussion ein. Während der Antrag zur unabhängigen Pflegeberatung sich mit der Sitzungsvorlage decke, solle der Antrag zur Pflegefachkräftesicherung aufgrund seiner Konkretisierungen aufrechterhalten werden.

Kreisdirektor Dr. Hörster schlägt vor, die Aspekte der SPD-Anträge im Rahmen der Beschlussfassung mit aufzugreifen, insoweit diese die vorgeschlagene Vorgehensweise zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen ergänzen. Diesem Vorschlag wird von Herrn Ludwig zugestimmt.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig  
16 Ja-Stimmen  
1 Enthaltung

Der vorgeschlagenen Vorgehensweise zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Pflegebedarfsplanung für den Kreis Borken wird zugestimmt.

Diese wird ergänzt um die Anträge der SPD zur unabhängigen Pflegeberatung und zur Pflegefachkräftesicherung (Anlagen 5 und 6 zur Sitzungsvorlage 0023/2016), soweit diese die Sitzungsvorlage 0034/2016 konkretisieren.

**Punkt 3: Vorberatung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2016, Budget 01 (Soziales)  
Vorlage: 0023/2016**

---

Herr Nießing erläutert den Entwurf der Haushaltssatzung zum Budget 01 Soziales anhand der Power-Point-Präsentation, die bereits der Sitzungsvorlage im Rahmen der Einladung als Anlage 10 beigefügt worden war.

Herr Ludwig erkundigt sich über die Auswirkungen der im Rahmen der Hilfe zur Pflege anstehenden Überleitung von Pflegestufen in Pflegegrade auf den Haushalt.

Frau Ostendorff erklärt hierzu, dass im vierten Quartal 2016 die Umstellung der Vergütungsvereinbarungen auf das neue System durch die Kostenträger erfolgen solle. Bei der vollstationären Pflege werde vorgesehen, dass alle Pflegebedürftigen zukünftig einen einheitlichen Zuzahlungsbetrag zu leisten haben. Die sich aus dem neuen System ergebenden finanziellen Konsequenzen für den Sozialhilfeträger seien mit Unsicherheiten besetzt. Auf Bundes-

ebene rechne man mit einer Milliarde Euro Mehrkosten, weshalb auch eine gewisse Mehrbelastung der Kommunen abzusehen sei. Auch die Auswirkungen der Neuregelung auf die Pflegeeinrichtungen könne man derzeit noch nicht abschätzen.

**Antrag der SPD-Fraktion vom 19.01.2016 zur unabhängigen Pflegeberatung**  
**Antrag der SPD-Fraktion vom 19.01.2016 zur Pflegefachkräftesicherung**

Vorsitzende Büscher hält noch einmal fest, dass sich die Anträge der SPD-Fraktion zur unabhängigen Pflegeberatung und Pflegefachkräftesicherung mit dem Beschluss zu TOP 2 erledigt haben.

**Antrag der SPD-Fraktion vom 21.01.2016 zur Verbraucherzentrale Gronau**

Herr Ludwig bringt daraufhin den Antrag der SPD-Fraktion zur Verbraucherzentrale Gronau in die Diskussion ein, der der Sitzungsvorlage als Anlage 7 beigefügt war.

Er will den Antrag dahingehend ergänzen, dass die Verwaltung beauftragt werde, zeitnah Gespräche aufzunehmen mit der Verbraucherberatung und der Stadt Gronau sowie ggf. weiteren benachbarten Kommunen und unter Bezugnahme auf die bisherigen Diskussionen mit dem Ziel, die Verbraucherberatung im Kreis Borken auch über das Jahr 2016 hinaus zu sichern.

Herr Wethmar gibt zu Bedenken, dass die Verbraucherzentrale insbesondere im Hinblick auf die mögliche Inanspruchnahme durch Flüchtlinge in der jetzigen Form erhalten bleiben müsse.

Auch Herr Steiner hält eine Sicherstellung einer dauerhaften Verbraucherberatung im Kreis Borken für notwendig und weist auf die diesbezüglich hohe Nachfrage hin.

Frau Pohl hält eine Bewilligung von konkreten finanziellen Mitteln des Kreises gegenüber der Verbraucherzentrale derzeit für die falsche Vorgehensweise. Es solle vielmehr der Auftrag erteilt werden, dass alle Beteiligten sich zu einer Lösungsfindung zusammensetzen. Dabei müsse vor allem das Ziel im Auge behalten werden, statt einer allein in Gronau gebündelten Verbraucherberatung kreisweite Angebote zu schaffen.

Herr Küstner-Rensing betont, dass die Mitfinanzierung einer halben Stelle mit dem Ziel der positiven Signalwirkung gegenüber der Stadt Gronau beschlossen werden sollte. Herr Steiner ergänzt, dass aufgrund der Tatsache, dass etwa ein Drittel der Kunden der Verbraucherzentrale nicht aus Gronau stammten, ein Kostenausgleich notwendig sei.

Auf Herrn Bernings Hinweis, dass die Inanspruchnahme der Verbraucherzentrale Geld kostete, entgegnet Herr Wethmar, dass gegenüber einer Rechtsberatung immerhin eine relativ kostenarme Beratung stattfindet.

Frau Pohl gibt zu Bedenken, dass nach der Kündigung der Bürokräft durch die Verbraucherzentrale derzeit keine Stelle existiere, die einen Antrag auf Mitfinanzierung rechtfertige. Dem hält Herr Küstner-Rensing entgegen, dass die Kündigung aufgrund der mangelnden Finanzierung erfolgt sei und bei erneuter Kofinanzierung eine Neubesetzung möglich werde.

Kreisdirektor Dr. Hörster erläutert hierzu, dass im Februar 2015 Gespräche stattgefunden hätten, in denen der Wunsch des Kreises Borken geäußert wurde, eine Beratung über die Stadt Gronau hinaus zu gewährleisten. Ein entsprechendes Angebot sei von der Verbraucherzentrale nicht unterbreitet worden und daher sei es auch nicht zu einer Diskussion um die Finanzierung gekommen. Der Auftrag des Kreises sei es nun, die mögliche Auslotung einer Kofinanzierung für das Jahr 2017 zu diskutieren.

Herr Ludwig erklärt, dass der Antrag nach einem intensiven Austausch mit der Verbraucherzentrale entstanden sei und der Bedarf eindeutig bestehe.

Herr Küstner-Rensing gibt zu bedenken, dass die Verbraucherzentrale Gronau als kleinste Filiale in NRW und mit nur einer Stelle eine Beratung über Gronau hinaus derzeit nicht leisten könne.

Dr. Hörster stellt abschließend fest, dass bezüglich dieser Problematik deutlich vor Ende des Jahres 2016 Klarheit geschaffen werden müsse und daher eine weitere Beratung in einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit stattfinden müsse.

**a) *Beschluss über die Mitfinanzierung einer halben Bürokräftstelle für die Verbraucherzentrale Gronau im Jahr 2016 in Höhe von 11.000,00 Euro***

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**                                 7   Ja-Stimmen  
  10  Nein-Stimmen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit lehnt den Antrag der SPD-Fraktion zur Mitfinanzierung einer halben Stelle für eine Bürokräft bei der Verbraucherzentrale Gronau ab.

**b) *Beschluss über die Beauftragung der Kreisverwaltung zur Gesprächsaufnahme***

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**                                 einstimmig  
  16  Ja-Stimmen  
  1   Enthaltung

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah Gespräche aufzunehmen mit der Verbraucherberatung und der Stadt Gronau sowie ggf. weiteren benachbarten Kommunen und unter Bezugnahme auf die bisherigen Diskussionen mit dem Ziel, die Verbraucherberatung im Kreis Borken auch über das Jahr 2016 hinaus zu sichern.

Abschließend lässt Vorsitzende Büscher über den Beschlussentwurf zum Budget 01 Soziales abstimmen.

**Beschluss:**                                 einstimmig  
  14  Ja-Stimmen  
  3   Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme des Budgets 01 „Soziales“ für das Jahr 2016.

**sundheit)  
Vorlage: 0024/2016**

---

Frau Scherwinski erläutert den Entwurf der Haushaltssatzung zum Budget 04 Gesundheit anhand der Power-Point-Präsentation, die bereits der Sitzungsvorlage im Rahmen der Einladung als Anlage 5 beigefügt war. Sie weist ergänzend darauf hin, dass sich eine personelle Mehrbelastung des Fachbereichs 53 vor allem durch die aktuelle Flüchtlingssituation ergebe.

Fragen oder Anmerkungen sowie Anträge von Fraktionen, Gruppen oder einzelnen Ausschussmitgliedern hierzu liegen nicht vor.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig  
16 Ja-Stimmen  
1 Enthaltung

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme des Budgets 04 „Gesundheit“ für das Jahr 2016.

**Punkt 5: Weiterführung des Projektes "Praxismonat Allgemeinmedizin" zur Verbesserung der hausärztlichen Versorgung im Kreis Borken  
Vorlage: 0027/2016**

---

Frau Scherwinski stellt die Gesamtevaluation des Praxismonats Allgemeinmedizin anhand einer Power-Point-Präsentation vor, die der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist. Ziel sei die Fortführung des Projekts, da es sich bewährt habe, erfolgreich sei sowie eine große Nachfrage seitens der Studierenden bestehe.

Kreisdirektor Dr. Hörster fügt hinzu, dass aufgrund der derzeit schon bestehenden Anfragen für 2017 eine zeitnahe Sicherung des Projekts für das kommende Jahr notwendig sei, um den sich frühzeitig orientierenden Studierenden feste Zusagen erteilen zu können.

Auf Frau Niemeyers Frage nach den Studienorten der Studierenden erklärt Frau Scherwinski, dass der Kreis Borken den nahegelegenen Studienorten wie Münster oder Duisburg-Essen Präferenz erteile. Hier sei es am wahrscheinlichsten, dass die angehenden Ärztinnen und Ärzte sich auch in Zukunft im Kreis Borken niederlassen könnten. In der Regel stammten die Studierenden jedoch nicht aus dem Kreisgebiet selbst oder hätten hierhin schon vor dem Praxismonat Kontakte gehabt.

Frau Pohl spricht ihren Dank für das Projekt und ihre Zustimmung zu dessen Weiterführung aus. Sie regt an, die Evaluation auch in den Räten der vielfach von Ärztemangel betroffenen Kommunen vorzustellen.

Frau Scherwinski entgegnet, dass dies in einigen Kommunen bereits geschehen sei. Zudem sei man stets um einen Austausch mit Bürgermeistern und anderen Institutionen wie der Ärztekammer bemüht.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig  
16 Ja-Stimmen

Dem Konzept „Praxismonat Allgemeinmedizin“ wird zugestimmt. Die Mittel in Höhe von jährlich 20.000 € werden im Haushalt 2017 bis 2019 – Budget 04 – zur Verfügung gestellt.

---

**Punkt 6: Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Punkt 6.1: Verabschiedung von Herrn Dr. Ettlinger und Herrn Nießing**

---

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Kreisdirektor Dr. Hörster gibt bekannt, dass zwei Fachbereichsleiter sowie langjährig Mitwirkende im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit die Kreisverwaltung verlassen werden. Der Leiter des Fachbereichs 53, Dr. Gerhard Ettlinger, trete in den Ruhestand ein, stehe der Kreisverwaltung jedoch bei Bedarf weiterhin als Honorarkraft zur Verfügung. Des Weiteren wechsle der Leiter des Fachbereichs 50, Norbert Nießing, als neu gewählter Erster Beigeordneter zur Stadt Borken.

Vorsitzende Büscher spricht beiden in Versform ihren Dank für die gute Zusammenarbeit und ausgezeichnete Arbeitsleistung aus.

---

**Punkt 6.2: Bedarfssitzung am 15.03.2016**

---

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Kreisdirektor Dr. Hörster teilt mit, dass über das Stattfinden der optionalen Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 15.03.2016 eine kurzfristige Entscheidung – abhängig von der voraussichtlichen Tagesordnung – getroffen werde. Sollte diese abge sagt werden, bleibe es bei der nächsten planmäßigen Ausschusssitzung am 31.05.2016.

---

**Punkt 7: Anfragen**

---

Es bestehen keine Anfragen.

Vorsitzende Büscher schließt die Sitzung um 19.00 Uhr.



---

Barbara Büscher  
Vorsitzende



---

Katharina Schulenburg  
Schriftführerin